

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 6. August 1897.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Mosse, Baumbach & Vogler, G. L. Danne,
Goldmann & Co., Berlin, Verh. Vmdt, Mar. Gersmann,
Eberfeld & Co., Greifswald G. Jülich, Halle a. S.
Jul. Bard & Co., Hamburg Joh. Neumann, N. Steiner,
William Willens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heim. Giesler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Aus dem Reich.

Der Kaiser beabsichtigt, das prachtvoll am Kriegshafen in Kiel belegene Hotel Bellevue, Eigentum des Hotelbesizers Kieds aus Berlin, für den bei der Marine eintretenden Prinzen Adalbert anzukaufen. Die Unterhandlungen sind bereits eingeleitet. — Der Vizepräsident des Staatsministeriums, Finanzminister Dr. von Miquel ist gestern Abend zur Fortsetzung seiner Kur in Wiesbaden eingetroffen. — Staatsminister v. Köller wird in den nächsten Tagen seinen Sommeraufenthalt in Hohenwald unterbrechen und auf einige Tage nach Berlin zurückzukehren. Infolge ihres wohlthätigen und menschenfreundlichen Sinnes erfreute sich die Verstorbenen großer Beliebtheit in der ganzen Gegend. — Nach einer Zusammenkunft des Reichsversicherungsamts betrug die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes bis einschließlich 30. Juni 1897 von den 31 Versicherungsanstalten und den neun vorhandenen Kassenanstalten bewilligten Invalidenrenten 257 742. Davon sind durch Tod, Auswanderung, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit u. 72 807 in Wegfall gekommen, so daß am 1. Juli d. J. 155 935 Invalidenrenten laufend waren gegen 172 632 am 1. April d. J. Die Zahl der während derselben Zeit bewilligten Altersrenten betrug 307 457, wovon 103 828 in Wegfall gekommen sind, so daß am 1. Juli d. J. 203 629 laufend waren gegen 204 198 am 1. April d. J. Beitragsverhältnisse sind im Ganzen bewilligt worden, am weibliche Versicherte, die in die Ehe traten, 117 621 (bis 31. März d. J. 92 706), an die Hinterbliebenen von Versicherten 30 560 (bis 31. März d. J. 24 540). Beachtenswert ist an dieser Statistik das Verhältnis der Altersrenten zu den Invalidenrenten. Noch überwiegend entsprechend der bisherigen Entwicklung die Altersrenten. Aber ihre Anzahl ist in der Abnahme begriffen, vom 1. April bis 1. Juli d. J. nahm sie um 539 ab. Die Zahl der Invalidenrenten dagegen wuchs stetig an; sie stieg vom 1. April bis 1. Juli d. J. um 13 303. Hierin zeigt sich deutlich, was auch von vornherein angenommen worden ist, daß die Invaliditätsversicherung mit der Zeit die Altersversicherung an Bedeutung überflügeln wird.

Deutschland.

Berlin, 6. August. Einer Gesellschaft österreichischer Touristen gegenüber hat sich der Kaiser über den Unfall ausgesprochen, der ihn auf seiner Nordlandreise an Bord der „Hohenzollern“ betroffen hat. Graf Anton Auerberg mit seiner Gemahlin, Baron Friedrich Reitenberg und Robert von Egent machten, wie bereits gemeldet, mit anderen Touristen, zu denen auch der Erbpriester zu Hohenlohe-Schillingfürst gehörte, eine Fahrt nach Spitzbergen, beglückten unterwegs der „Hohenzollern“ und wurden vom Kaiser an Bord der Yacht geladen. Kaiser Wilhelm trug eine blaue Brille und sagte zur Erklärung: „Nehmen Sie mir es nicht übel, daß ich Sie empfangen, aber mein Better Theodor hat mir sie anbefohlen.“ — Auf den Unfall kam er mit folgenden Worten zu sprechen: „Es kommt ein Unglück niemals allein, wir hatten an diesem Tage den armen Dahnke verloren. Ich stehe am Großmast auf dem Verdeck, da wird eine von den Schrauben des Mastfußes los, es blies eben ein starker Wind. Das Boot fällt mir auf den Kopf ins Auge hinein, so daß ich sofort Nacht vor den Augen habe. Der Schmerz war so heftig, daß ich glaubte, einen Stein über den Kopf erhalten zu haben. Zum Unglück war auch mein Leibstuhl nicht an Bord, sondern befestigte sich an der Seite nach dem armen Dahnke.“ Im Studierzimmer erzählte Kaiser Wilhelm, er arbeite eben an einem Entwurf eines Denkmals für Dahnke. Im weiteren Gespräch äußerte sich Kaiser Wilhelm, es freue ihn, wenn bei schwerem Seegang die Herren vom Zivil Lande Gächter machen und der Marineminister darin eine kleine Nahe für die Stützungen am Verdeck erblickt. Der Kaiser gab, der „Wiener Freien Presse“ zufolge, den Damen den Rath, gegen Seerücken kalten Eist, Pumpernickel, starkgewürzte englische Bouillon und feste Leibbinden zu gebrauchen. Auf dem Verdeck sagte er: „Hier läßt es sich am besten, ich gebe jedes Jahr in Kiel einen Ball für die Teilnehmer der Segelregatta. Zur Regatta lade ich auch die Desterreicher jedes Jahr ein, aber ihr kommt ja nicht! Da heißt es nun, sich eine Nacht anschaffen und nach Kiel kommen! Ich heiße Sie im Vorhinein willkommen.“ — Der Aufenthalt der Gäste auf der Kaiserjacht währte dreiviertel Stunden. Während des Besuchs waren der Herzog Karl Theodor in Bayern und der Reichsgraf Graf Eulenburg an der Seite des Kaisers.

Wie berichtet, sollen die Verhandlungen wegen Vereinbarung eines neuen Handelsvertrages in London stattfinden. Während die englische Presse über die Kündigung des deutschen und belgischen Handelsvertrages jubelt, hält sich die englische Geschäftswelt sehr zurück. Welchen Schluß soll man daraus ziehen? Daß die Geschäftsleute glauben, es werde sich im Wesentlichen nicht viel ändern? Der „Times“ wird von Ottawa gemeldet: „Der Premierminister von Newfoundland, Reid, erklärt, daß auf der Konferenz der Kolonialminister mit Chamberlain vereinbart wurde, daß hinfür kein von England geschlossener Handelsvertrag die sich selbst verhaltenden Kolonien hindern solle, ihre eigene Handelspolitik zu verfolgen. Die Kündigung der Handelsverträge sei nur der erste Teil dieses Abkommens.“ Bei der Eröffnung der Ausstellung der Gartenbau-Gesellschaft von Dordrecht hielt Gladstone eine Rede. Er spielte darin auf die Kündigung der beiden Handelsverträge an und sagte u. A.: „Obgleich ich hoffe, daß eine Selbstkündigung und Quasikündigung, die die Regierung dieses Landes veranlassen werden, eine rückgriffliche Bahn zu verfolgen, muß ich doch

sagen, daß es mich freuen würde, wenn einige von den im Auslande erzeugten Produkten eben so gut in England erzeugt werden könnten. Wenn sie hier besser und billiger erzeugt werden können, so sage ich, daß ich darüber jubele.“

Das Wiener „Fremdenblatt“ erörtert die Bedeutung der Kündigung der englischen Handelsverträge und führt aus: „Es sei gewiß, daß England dabei zunächst nach der Befestigung seiner Vertragsbestimmungen strebt, die den Differentialzöllen Kanadas und anderer Kolonien im Wege stehen. Vielleicht wolle sich England dadurch aber auch den Weg zu besseren Tariffverhältnissen in Nordamerika auf Grund der dortigen Vertragsklausel eröffnen. Alles das trete indeß an Bedeutung wohl weit zurück gegen die Möglichkeit, daß diesen nächsten Forderungen noch weitere, für Mitteleuropa viel gefährlichere, angesetzt werden könnten. Das Festland Europas, politisch zerstückelt und wirtschaftlich auch nicht harmonisch organisiert, sehe sich schon jetzt so sehr vom russischen Nachbar und von Amerika umschlossen, daß das Entstehen eines dritten, handelspolitisch einheitlich geleiteten Wirtschaftsbereiches, so groß, wie es das anglo-koloniale Ländergebiet ist, eine heute gar nicht berechenbare Umwälzung hervorbringen müßte. Die Handelsverträge der neunziger Jahre haben kaum die ersten Furchen für die Saat eines mitteleuropäischen Zollbundes gezeugt, und in den Jahren, die jenem Vertragswerke gefolgt sind, habe man sich in einzelnen Staaten an Vertragsfreundlichkeit nicht gerade allzuviel geleistet. Vielleicht werden die harten Erfahrungen der letzten Monate, die Kampfzölle Mac Kineys und der Umkehrung im dreizehnten Königreich, vielleicht werde die drängende, zwingende Noth diejenigen zur Vertheiligung zusammenführen, die sich sonst weit eher zu Befehden geneigt sind. Freilich, sollte man in Amerika und bei den Angländern Gebetsbittens wirtschaftlich zu einem solchen Zollbunde hinführen, so wäre das gerade das Gegenteil dessen, was man beim Abschluß der Handelsverträge anzubahnen hoffte. Das Jahr 1903, das Ablaufjahr dieser Handelsverträge, werde die mitteleuropäische Handelspolitik also vielleicht vor ganz neuen und schweren Aufgaben sehen, als sie ihr wohl je vorher gestellt waren.“

Die polizeiliche Ueberwachung des Lehrvereins Danziger Höhe, der seit 64 Jahren besteht und durch seine Thätigkeit zu einer solchen Maßregel nicht den geringsten Anlaß gegeben hat, erregt in der Lehrerschaft nicht geringes Aufsehen. Die Lehrvereine sind bisher von der Polizei wenig bestraft worden. Nur in der vorwärtigen Zeit galten Lehrvereine und Lehrerkreise für staatsgefährlich und wurden verboten. Später ist es nur ganz vereinzelt vorgekommen, daß lokale Polizeibehörden eine Ueberwachung der Lehrvereine für nötig hielten. So wurde selbst der Geiselte Lehrverein in Berlin einmal mit dieser Maßregel bedroht. Die Tagesordnung des Lehrvereins Danziger Höhe: „Wie erwirbt sich der Lehrer die Achtung, die Liebe und das Vertrauen seiner Schüler?“ und „Welche Veranlassungen sind dem Lehrereinstieg zu verdanken?“ kann wahrlich keinen Anlaß zur Befestigung polizeilicher Ueberwachung geben haben. In Lehrerkreisen giebt man sich über die Freundschaft, die an manchen Stellen dem pädagogischen Vereinswesen gegenüber besteht, keinen Aufschrei hin, trotz der anerkennenden Versicherungen mancher Schatzkassen. Der Fall der Vereinsvorlage ist darum gerade in der Lehrerschaft mit großer Freude begrüßt worden. Die Dehnbarkeit des Begriffs „öffentliche Angelegenheiten“ in dem geltenden Vereinsgesetz kann bereits jetzt den Lehrvereinen höchst unangenehm werden.

Bisher lagen nur über die Schulden der Städte und Landgemeinden genauere Gesamtnachweisungen vor; über die der Provinzen und Kreise fehlten sie. Diese Lücke ist nun ausgefüllt durch Berechnungen, welche von 1832 bis 1895 reichen und die Gesamtsumme der von den preussischen Landgemeinden bis zu diesem Jahre eingezahlten aufgenommenen Anleihen auf den erheblichen Betrag von fast 2 Milliarden Mark beziffern. Es ist interessant zu beobachten, wie diese Anleihen zunehmen. Im Anfangsjahre 1832 sind es 600 000 Mark, im Jahre 1895 hingegen 75,5 Millionen Mark, 1896 wiederum 49,4 Millionen Mark. Das niedrigste Jahr war das Jahr 1844; damals betrug die Gesamtsumme 25 000 Mark. Die höchste Jahressumme fällt auf 1874 mit 128,8 Millionen, welche annähernd auch im Jahre 1890 erreicht wurde. Diese Summen, welche von Staehler auf Grund einer von ihm veranstalteten Sammlung aller einschlägigen Privilegien berechnet worden sind, vertheilen sich wie folgt auf die verschiedenen Gemeinden: Zwei Drittel der Summe tragen die Städte; auf Berlin entfällt fast ein Drittel. Zunehmend sind dann an den Stadtanleihen die Städte im Rheinland beteiligt, was zum Theil bei der dort in der Regel sehr schnell erfolgten Verwertung aller für kommunale Zwecke verwertbaren kulturellen Erzeugnisse begründet ist. Verhältnismäßig wenig Stadtanleihen entfallen auf die Regierungsbezirke mit vorwiegend landwirtschaftlichen Verhältnissen. Die Landgemeinden vermeiden gewöhnlich Schuld aufnahmen durch Ausgabe von Inhaberknechten; ihre Verschuldung ist aber auch nicht gering; sie wurde 1883-84 auf rund 100 Millionen Mark geschätzt. Ein Sechstel der Zweimilliarden-Schuld entfällt sodann auf die Provinzial-Korporationen; etwas mehr als ein Zehntel, nämlich 202 Millionen Mark, auf die Kreise; von diesem Betrag waren allein 75 Millionen Mark in den beiden Provinzen Ost- und Westpreußen aufgenommen. Bemerkenswerth sind auch die Ausleihungen über die Verzinzung und Unterbringung dieser Anleihen. Verzinzt wird die Hauptmasse der Kreisaneihen auch jetzt noch mit 4 1/2 und 4 Prozent; die Städte haben seit 1886 schon allgemainer auch Anleihen zu 3 1/2 Prozent, das Jahr 1896 hat die Anfänge zu einem Ubergange auf 3 Prozent gebracht, jedoch sind zu 4 Prozent noch 1893 z. B. im Regierungsbezirk Arnberg und Düsseldorf Anleihen in größerer Zahl aufgenommen. Die Konversionen gehen bei den Kreisen nur in langsamem Tempo vor, bei den Stadtanleihen hat seit 1886 die Herabsetzung des Zinsfußes auf 3 1/2 Prozent fast alle höher verzinslichen Anleihen ergriffen. Der Durchschnitts-Emissionsbetrag beträgt für die Provinzial-Anleihen 8 Millionen Mark, für die Städte-

Anleihen einschließlich Berlin 2 Millionen Mark, einschließlich Berlin 1 1/2 Millionen Mark, für die Kreise 328 000 Mark und für die Landgemeinden 900 000 Mark. Staehler schlägt nun vor, da erft bei einem Emissionsbetrage von mindestens 3 Millionen Mark die Fortheile der Schuldentilgung durch eine Anleihe zur vollen Entfaltung kämen, den Kommunalkredit zu zentralisiren. Ein Zentralinstitut soll im Betrage der übernommenen Anleihen Kommunalobligationen auf eigenen Namen, aber für Rechnung der schuldenreichen Korporationen ausgeben, die dafür erhöhte Batauta auf diese abführen und die Verzinsung und Tilgung auf Grund der regelmäßig von diesen einzuhaltenden Beträge besorgen.

Landesberg a. W., 4. August. Gestern ist hier nach langen Leiden der Amtsgerichtsath a. D. Karl Wolff im Alter von 75 Jahren gestorben. Er war 1836 hierher gekommen, hat also über 40 Jahre seines Lebens in Landesberg zugebracht, wo er in den meisten Kreisen bekannt und beliebt war. Am 24. Mai 1894 feierte er sein 50jähriges Amtsjubiläum.

Frankreich.

Thermignon, 5. August. Der Präsident Faure traf heute Vormittag gegen 11 Uhr zu Pferde bei dem Col Solieres in der Nähe der italienischen Grenze ein und wohnte dem Anmarsch der Mandör bei. Dieselben endeten mit einem Angriff auf die feindliche Stellung. Bei dem darauf folgenden Gefecht brachte Faure in seiner Antwort auf einen Trinkspruch des Kriegsministers General Villot das Vertrauen des Landes zur Armee zum Ausdruck. Aus den Alpen kommend, wolle er deren Truppen dem Lande zeigen; er habe ihre Leistungen mit patriotischen Gefühlen und liebevoller Sorgfalt verfolgt. Der Präsident schloß mit einem Hoch auf die Armee und im Besonderen auf die Gebirgstruppen. Nach dem Frühstück hielt Faure über die Truppen Parade ab.

Rußland.

Petersburg, 5. August. Heute Nachmittag traf das deutsche Schiffschiff „Charlotte“, aus Neval kommend, auf der Albe von Kronstadt ein und dampfte nach dem Wechsel des üblichen Saluts nach Petersburg weiter, wo es 9 Uhr Abends ankam und bei der Nikolaibrücke vor Anker ging.

Von der Marine.

Ueber das unterseefische Torpedoboot „Holland“ in der Marine der Vereinigten Staaten, macht „Scientific American“ einige interessante Mittheilungen. Das Boot wurde am 17. Mai des Jahres von den Grefcentwerfen in Elizabeth-Port, New-Jersey, vom Stapel gelassen. Das Unterwasserboot des Bootes erfolgte bei dem bekannten französischen Unterboote „Gymnote“ durch die Kraft der Schrauben und durch geeignete Steuer, ähnlich beweglichen Flügeln, wie diese bei den Whitehead-Torpedos angewandt werden, der Konstruktion der letzteren ist auch eine Vorrichtung entlehnt, die automatisch die Tiefenlage des Bootes regelt. Der „Holland“ ist ungewöhnlich stark armirt und verfügt über drei Whitehead-Torpedos, die durch eine vorne liegende Höhle abgeschossen werden, und über eine unterseefische Kanone, die auf dem hinteren Theile angebracht ist. Mit den Torpedos kann eine Sprengladung von je 45 Kilo Dynamit auf eine Seeemeile weit lanzirt werden, während das Geschöß der Kanone durch das Wasser hindurch ein Ziel noch auf weite Entfernung zu treffen im Stande ist. Der Anmarsch dieses Torpedobootes auf ein Panzerschiff soll sich folgendermaßen vollziehen: Das Boot fährt so nahe als möglich heran und schießt ein gewöhnliches Geschöß ab, dann taucht es unter, um sich in Schutz zu bringen, noch einmal kommt es für kurze Zeit über Wasser, um genau die Zielrichtung anzunehmen, taucht dann wieder unter und schießt seine Torpedos ab. Dann fährt es unter dem angreifenden Schiffe hindurch und bohrt dieses durch einen Schuß aus der hinteren Kanone vollends in den Grund. Wenn der „Holland“ frei bewährt, so gedenkt die Marineverwaltung der Vereinigten Staaten noch mehr solcher liebenswürdigen Kriegsfahrzeuge bauen zu lassen.

Arbeiterbewegung.

Die Arbeitslöhne sind nach den Jahresberichten der preussischen Regierungen- und Gewerbestatistik für 1896 in fast allen Gewerbezweigen gestiegen, und damit hat sich auch die Lebenshaltung der Arbeiter gebessert. In allen denjenigen Industriezweigen und Aufstiegsbezirken, in denen Mangel an brandbaren Arbeitern herrschte, sind die Arbeitslöhne erheblich gestiegen, und wo eine Erhöhung derselben nicht eingetreten ist, hat sich das Jahresinkommen der Arbeiter wenigstens durch vermehrte Arbeitsleistung (bei Stücklöhnen, sowie durch Ueberarbeit) nicht unwesentlich vergrößert, während die Lebensmittelpreise im Allgemeinen nicht gestiegen sind. Im Regierungsbezirk Doppelberg betrug die Lohnverhöhung bis zu 20 Prozent, in vielen anderen Aufstiegsbezirken bis zu 10 Prozent; für Ueberstunden wurden die Lohnsätze vielfach um 25 Prozent erhöht, und für Ueberarbeit nach 8 Uhr Abends stieg in manchen Industriezweigen die Erhöhung um 50 Prozent und noch höher. Von einer erheblichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter in einzelnen Industriezweigen wird nur aus den Aufstiegsbezirken Berlin-Charlottenburg und Nagen berichtet.

Zur Einrichtung des Stettiner Freibezirks.

Seitdem im Jahre 1888 der Hamburger Freibezirk im Jahre 1889 der Bremer Freibezirk eröffnet worden ist, hat sich der Handel an diesen Plätzen in ungemein günstiger Weise und in erheblich stärkerer Steigerung als in den übrigen deutschen Seehäfen entwickelt. Die Hamburger Freihafenanlage erfordert einen Kostenaufwand von 120 Millionen Mark, der Bremer Freibezirk kostete 24 Millionen Mark und hatte, um lebensfähig zu sein, die Durchführung der Werftkorrektur mit einem Kostenaufwande von 30 Millionen Mark zur Voraussetzung. In Ergänzung der Hamburger und Bremer Anlagen sind inzwischen in Kopenhavn bzw. Bremerhaven für den Ausbau von Hafeneinrichtungen 10 bzw. 20 Millionen Mark auf-

gewendet worden. Trotzdem hat sich schon jetzt sowohl in Hamburg als auch in Bremen das Bedürfnis nach einer Vergrößerung der kaum entstandenen Anlagen herausgestellt. Dementsprechend hat kürzlich die Hamburger Bürgerchaft für die Erweiterung der dortigen Hafenanlagen 11 Millionen Mark bewilligt und in Bremen sind zunächst 1,9 Millionen Mark ausgeworfen, um 100 Hektar Land zur allmählichen Ausdehnung des Freibezirks im Wege der Enteignung zu erwerben. Aus diesen Thatfachen geht zur Genüge hervor, daß die durch einen Freibezirk gewährleistete freie Bewegung verbunden mit den Vortheilen, welche durch das Vorhandensein von modernen Hafeneinrichtungen und Umschlagseinrichtungen bedingt sind, geradezu die Voraussetzung für das kräftige Entfalten von Handel und Verkehr ist.

Unsere städtischen Körperschaften haben sich in richtiger Erkenntnis dieser Sachlage durch den kürzlich gefaßten Beschluß, die gesetzlichen Vorbedingungen für die Einrichtung eines Freibezirks zu schaffen, grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt, daß die im Bau begriffenen Hafenanlagen auf den Mölmwiesen zweckmäßig sofort als Freibezirk dem Verkehr zu übergeben seien. Diese gesetzlichen Vorbedingungen, welche durch das zwischen der Stadt und der Zollbehörde vereinbarte Regulatorisch festgelegt sind, bestehen hauptsächlich in der Vertheilung einer zollfreien Entschädigung sowie derjenigen Vorwerke, welche zur Ueberwachung der Ein- und Ausgänge und zur provisorischen Unterbringung einer Zentralsollstelle erforderlich sind. Da die provisorische Unterbringung der einzelnen Dienststellen weder von der Zollbehörde noch von der Staatsseisenbahn abgelehnt ist und die dorthin genannten Einrichtungen und Bauten sofort nach ihrer Bewilligung seitens der Stadtverordneten in Angriff genommen sind, so darf darauf gerechnet werden, daß der Freibezirk noch im Laufe des nächsten Jahres dem Verkehr übergeben werden kann.

Die Bauthätigkeit wird damit allerdings noch nicht beendet sein. Zunächst gilt es, neben den gesetzlichen Vorbedingungen auch die Möglichkeit zu schaffen, die mit so großen Kosten hergestellten Anlagen auch wirtschaftlich auszunutzen. Dies kann nur durch die Errichtung von Waarenspeichern geschehen. Die am Hafenbassin bisher errichteten Schuppen sind in der Hauptsache für den Durchgangsverkehr, sowie für die Verwertung und Befestigung der Waaren bestimmt. Durch die zu erbauenden Speicher muß dagegen die Gelegenheit zur beliebigen langen, zollfreien Lagerung der Güter geboten werden. Demgemäß hat sich die gemischte Hafenkommission in ihrer letzten Sitzung bereits mit dem von der Tiefbau-Deputation ausgearbeiteten Projekt für den Waarenspeicher 1 beschäftigt. Dieser Speicher soll hinter dem Schuppen 1 erbaut und in vollkommener Weise mit Aufzügen und Winden für das Zuführen und Abführen der Waaren ausgerüstet werden. Die bebaute Grundfläche beträgt bei einer Länge von 182 und einer Tiefe von 20 Meter 3640 Quadratmeter. Außer einem Keller und einem Bodenniveau sind 4 Geschosse vorgesehen. Der Länge nach ist der Speicher in 6 durch Brandwände getrennte Abtheilungen zerlegt. Jede Abtheilung zerfällt wieder in 2 Unterabtheilungen von je 220 Quadratmeter nutzbarer Grundfläche. Es steht demnach eine nutzbare Lagerfläche von 15 840 Quadratmeter zur Verfügung. Die Ausnutzung des Speichers soll durch Vermietung einzelner Bodenniveaus oder einzelner Abtheilungen an Private erfolgen. Außer dem Speicherbau wird die Errichtung eines zentralen Verwaltungsgebäudes nothwendig. Dieser Bau ist schon deshalb erforderlich, weil die Staatsbehörden sich nur dann mit ihrer provisorischen Unterbringung einverstanden erklären werden, wenn die Vertheilung eines einheitlichen Zustandes gesichert ist. Durch die Vereinigung der staatlichen und städtischen Verwaltungen in einer Zentralfeld soll nicht nur der Verkehr dieser Verwaltungen unter einander erleichtert, sondern auch dem Kaufmann die Möglichkeit geschaffen werden, seine Geschäfte mit diesen Behörden in kürzester Zeit abzuwickeln. Das Projekt des Verwaltungsgebäudes ist auf Grund der mit den Staatsbehörden getroffenen Vereinbarungen von der Tiefbau-Deputation ausgearbeitet und gleichfalls bereits von der gemischten Hafenkommission durchgesehen worden. Es soll an der Breslauerstraße erbaut werden und eine Länge von 89 Meter bei einer Tiefe von 16 Meter erhalten. Im Erdgeschöß sind die Diensträume für die Zollbehörde, die Staatsseisenbahn, die Post und die städtische Verwaltung des Freibezirks vorgesehen. Das erste Stockwerk enthält die Diensträume für das städtische Elektrizitätswerk und die städtische Bauverwaltung sowie einige Dienstwohnungen. Das zweite Stockwerk ist ausschließlich für Dienstwohnungen bestimmt. Die Projekte des Speichers und Verwaltungsgebäudes werden unmittelbar nach den Ferien den Stadtverordneten zugehen.

Ein Brandunglück.

Stettin, 6. August.

Als heute Nacht die Bewohner unserer Stadt in friedlichem Schlummer lagen, zeigte sich über die Mitte der Stadt ein greller Feuerchein, welcher auf eine bedeutende Feuersbrunst deutete. Die Feuerwehr war bereits nach der Schulstraße wegen eines dort gemeldeten Brandes abgefahren, als die erneute Meldung eines Feuers in der Kleinen Oberstraße eintraf und dort fand dieselbe einen sehr ausgedehnten Feuerherd vor, welcher schon vor ihrem Eintreffen der Schuppenplatz von Schredensseisen war. In dem Grundplatz Nr. 3 u. 4, einem in Berlin wohnhaften Rentier Gierbach gehörig, hatte anscheinend schon seit gestern Abend ein Brand geschweht, welcher aber erst heute Morgen vor 2 Uhr bemerkt wurde, als er bereits so weit vorgeschritten war, daß die Treppen der unteren Stockwerke in Flammen standen, und der Qualm alle Räume des Hauses füllte. Eine Anzahl sogenannter kleiner Leute bewohnt die oberen Stockwerke und diese wurden aus dem Schlummer geschreckt, als sie bereits in höchster Lebensgefahr schwebten, sie eilten zu den Thüren, aber ein Blick belehrte sie, daß nach dieser Seite eine Rettung unmöglich war. Sie eilten zum Fenster, aber auch hier fanden sie wenig Hoffnung zur Rettung und die Situation wurde dadurch noch kritischer, daß aus dem obersten Stockwerk das Feuer schoß und

sich mit rapider Schnelligkeit über den ganzen Dachstuhl verbreitete. Die Unglücklichen an den Fenstern sahen ihren sicheren Tod vor Augen, hinter ihnen knisterten die Flammen und trieben zur schleunigen Flucht, aber diese Flucht wäre nur möglich gewesen durch einen Sprung in die Tiefe auf das Steinpflaster, gellende Hilferufe erklangen von oben, Schredenstrafe von unten, wo sich die Bewohner der Nachbarhäuser einfanden und die in Gefahr Schwebenden mit dem Ruf zu trösten suchten, daß die Feuerwehr alarmirt sei und sofort eintreffen müsse. Aber in solcher gefährlichen Lage scheinen bekanntlich wenig Minuten eine endlose Zeit, der Qualm in den Zimmern wird immer dichter, die Flammen drängen näher und schon hört man die Schmerzensrufe von denen, welche Brandwunden erlitten. Einzelne steigen zu den Fenstern hinaus, krampfhaft hatten sie sich an der Brüstung, auf dem Manerstein stehend, immer kläglich werden die Hilferufe, aber schon erschallt in der Ferne das Getöse veränderten Klängen der Feuerwehr. Sie jedoch keilte zur Stelle ist, wagt eine Frau den Sprung aus dem zweiten Stockwerk auf die Straße, einige der untenstehenden bemerken es und sie beeilen sich, die Verabreichte aufzufangen, es gelingt auch, nur der Mutter wird umgehoben, aber dadurch ist der Fall der Verabreichten gemindert, sie schlägt zwar mit dem Kopf auf das Pflaster, aber die dabei an den unteren Gesichtstheilen erlittenen Verletzungen sind zum Glück nicht lebensgefährlich, die Frau erhebt sich und flüchtet weiter in ein naches Haus. Da ist die Feuerwehr auch da, aber noch ein Mann wagt den Sprung aus der Höhe, er trägt eine starke Erschütterung des Rückgrats davon und muß fortgeschleppt werden. Zugewichen hat die Feuerwehr rasch und energisch das Rettungsnetz begonnen, welches derselben in der kaum 6 Meter breiten Straße sehr erschwert wird, aber die Steigeleitern sind schnell errichtet und die in Gefahr befindlichen Menschen sind gerettet, freilich sind sie nicht unverletzt davon gekommen, besonders die Angehörigen einer Familie Hermannsohn haben nicht unbedeutende Brandwunden davongetragen und die Samariter der Feuerwehr legen die ersten Verbände an. Die Unglücklichen aus dem brennenden Gebäude zieht man fast nur mit dem Hemd bekleidet davon eilen, da wird auf der Tragbahre eine schwer verletzte Frau zu dem am Volwerk haltenden Krankenwagen geschafft, dahinter führen zwei Männer eine zweite Frau, und kleine Kinder, gleichfalls im Hemd, werden in Sicherheit gebracht. Gegen 30 Personen sind von den Gasmannschaften aus dem brennenden Hause geholt, man hört zwar noch eine Tochter nach der Mutter rufen, eine Mutter erkundigt sich nach dem Schicksal ihrer Lieben, aber es scheint, daß kein Menschenleben mehr gefährdet. Es wurden dank den Anstrengungen der Feuerwehr 29 Personen gerettet und zwar 21 mit Hilfe der Sackentleeren und sonstigen Rettungsapparate, 8 über die große mechanische Leiter. Wie schon bemerkt, haben einzelne der Geretteten schwere Brandwunden davongetragen, besonders die 15-jährige Tochter Marika der obengenannten Familie Hermannsohn war am ganzen Körper mit Wunden bedeckt. Fünf Personen wurden durch den Krankenwagen in das städtische Krankenhaus überführt. Die Lage der Hausbewohner wurde vornehmlich dadurch zu einer sehr gefährlichen, daß die meisten der in Betracht kommenden Wohnungen nur einen Ausgang besaßen. Inzwischen hat die Feuerwehr auch die Bekämpfung des verheerenden Elements in Angriff genommen, es ist eine schwere Arbeit, denn der ganze Dachstuhl gleicht einem Feuermeer, dem schwer anzukommen ist, wenn auch bereits die am Volwerk aufgestellten Dampfsprünge ihre Thätigkeit begonnen haben. Bei der Enge der Kl. Oberstraße macht es Mühe, die große Rettungsleiter aufzustellen, aber auch dies gelingt, bald schneit sie bis zur Höhe des vierten Stockwerkes in der Luft und auf der Spitze derselben erscheinen Feuerleute mit Schläuchen, um immer neue Wassermassen in den Brand ergießen zu lassen, gleichzeitig wird von der Volwerkseite aus die Bekämpfung des Feuers vorgenommen und nach harter Arbeit läßt die Gluth nach, das verheerende Element bleibt auf seinen ausgedehnten Heerd beschränkt; allerdings dehnte sich die Thätigkeit der gesamten Feuerwehr bis 7 Uhr Morgens aus, dann erft konnte das Gros unter Zurechthaltung einer Brandwache in die Depots zurückkehren. Zur Bewältigung des Feuers waren außer den beiden Dampfsprünge und den Gasprünge 3 Hydranten in Thätigkeit gesetzt worden und wurde mit sechs Schlangensetzungen Wasser gegeben. Ueber die Entstehungsurache des Feuers ist Sicheres nicht bekannt, doch wird nach dem rapiden Umschlag des verheerenden Elements auf Brandstiftung geschlossen. Die Ausbreitung des Feuers wurde, ebenso wie bei dem Ende Mai in demselben Hause stattgefundenen Brande, in hohem Maße begünstigt durch den das ganze, fünf Stockwerk hohe Gebäude vom Erdgeschöß bis zum Dach durchziehenden hölzernen Lichtschacht, an den sich auch zu allem Unglück noch die Schlackkammern der verschiedenen Wohnungen unmittelbar anschließen. Die aus Anlaß jenes früheren Brandes nothwendig gewordenen Wiederherstellungsarbeiten waren noch nicht ganz vollendet, wodurch gleichfalls dem Feuer Vorschub geleistet wurde. Der Dachstuhl des Hauses ist fast ganz zerstört ebenso der Treppenaufgang und die seitwärts davon belegenen Wohnungen, in denen schließlich das Wasser vernichtet haben dürfte, was vom Feuer verschont geblieben war, da enorme Wassermengen zur Bewältigung des Brandes nötig waren. Die beiden Dampfsprünge allein verbrauchten 110 Kubikmeter Wasser. Zur Abperrung der Brandstelle war ein größeres Aufgebot von Schutzeinheiten erfolgt und übernahm Herr Polizeinspektor David persönlich die Leitung des Sicherheitsdienstes.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 6. August. Die bereits erwähnte Versammlung von Butterinteressenten, welche der Ausschuß für Volksernährung der Landwirtschaftskammer für Pommern veranstaltet, um über die Preisnotirungsfrage am Berliner Buttermarkt und die event. Gründung eines Verkaufsverbandes für die ganze Provinz zu verhandeln, wird am 21. August d. J. im Neuen Gesellschaftshaus zu Kolberg statt-

